

STUTTGART STADT,
REGION
& LAND

Es kann Jahre dauern, bis der juristische Streit um das Stuttgarter Fernwärmenetz entschieden ist.

Foto: Lichtgut/Achim Zweygarth

Kommentar

Ein Prozess mit hohem Risiko



Energie Die Sachlage im Fernwärmestreit ist nicht so eindeutig, wie es die Stadt gern darstellt. Von Thomas Faltin

Natürlich hätte es Vorteile, wenn die Stadt wieder über das Fernwärmenetz verfügen würde. Die Gewinne fließen in den öffentlichen Haushalt, und die Stadt könnte aus umweltpolitischen Gründen Projekte ins Werk setzen, die die EnBW in ihrem wirtschaftlichen Denken unterlässt. Insofern sprechen gute Gründe für die Klage der Stadt gegen die EnBW.

Was allerdings bedenklich stimmt, ist der Brustton der Überzeugung, in dem jetzt wieder in der Verwaltung und im Gemeinderat Reden für die Übernahme des Fernwärmenetzes geschwungen werden. Die Älteren werden sich erinnern, dass vor nicht einmal 20 Jahren mit derselben tiefen Überzeugung das Gegenteil erzählt wurde, dass man nämlich die Netze unbedingt verkaufen müsse, sonst ginge die NWS pleite. Das war eine der größten Fehleinschätzungen überhaupt in Stuttgart.

Warum macht man es jetzt nicht besser? Den Stadträten wird aber eine Vorlage aufgetischt, in der alles eitel Sonnenschein ist. Die hohen juristischen wie technischen Risiken werden nicht wirklich thematisiert. Und alle gehen stillschweigend davon aus, dass die Stadt – respektive die Stadtwerke – das Fernwärmenetz natürlich besser betreiben könnten als die EnBW. Doch die Stadtwerke sind bisher nicht groß in Erscheinung getreten als Wärmeexperten; bisher hatten sie weder das Personal noch das Geld, um im großen Stil Blockheizkraftwerke oder Nahwärmenetze aufzubauen.

Insofern wäre etwas mehr Demut bei der Einschätzung der eigenen politischen Weitsicht angebracht. Ein Selbstläufer ist die Klage gegen die EnBW jedenfalls nicht.

Einmütiger Beschluss für Klage gegen EnBW

Fernwärme OB Fritz Kuhn agiert mit Zuckerbrot und Peitsche: Er kritisiert und lockt zugleich den Energiekonzern. Von Thomas Faltin

Das dritte Gerichtsverfahren zwischen der Stadt Stuttgart und der Energie Baden-Württemberg (EnBW) ist beschlossene Sache: Am Mittwoch hat der Verwaltungsausschuss des Gemeinderats einstimmig entschieden, die EnBW auf die Herausgabe des Fernwärmenetzes zu verklagen; die Zustimmung an diesem Donnerstag im Gemeinderat ist Formsache. Auch wegen des Wassernetzes sowie wegen des Hochspannungs- und Gashochdrucknetzes prozessieren Stadt und EnBW. Beim übrigen Strom- und Gasnetz sind sie seit zwei Jahren Geschäftspartner.

OB Fritz Kuhn (Grüne) ist den Energiekonzern in der Sitzung am Mittwoch hart angegangen und hat ihm zugleich Honig um den Mund geschmiert. Die EnBW sei ein „wichtiger und willkommen“ Teilnehmer an der Energiewende in Stuttgart. Es sei toll, dass die EnBW das Kraftwerk Gaisburg von Kohle auf Gas umstelle. Und die Kooperation in der Netzgesellschaft funktioniere sehr gut, lobte Fritz Kuhn. Doch der Konzern habe wenig in das Stuttgarter Fernwärmenetz investiert. Alle jüngsten Angebote der EnBW zur Kooperation hätten nie die zentrale Frage einer Beteiligung enthalten. Und er glaube

auch nicht, so konnte sich der OB eine Spitze nicht verkneifen, dass es eine „marketingtechnische Meisterleistung“ der EnBW gewesen sei, am gleichen Tag die Stadt wegen der Klage zu kritisieren und selbst vor dem Landgericht Bonn zu stehen, um wegen des Atomausstiegs Schadenersatz von Bund und Land zu fordern.

Trotz allem versuchte Kuhn jedoch, den Ball flach zu halten; auch während der Klage könne man weiter über Lösungen reden. „Das ist keine Kampfansage, sondern wir wollen nüchtern klären lassen, ob das Fernwärmenetz uns zusteht“, so der Oberbürgermeister.

Die Fraktionen im Verwaltungsausschuss folgten ihm weitgehend. Die Stadt müsse ihre eigenen Ziele verfolgen und könne nicht zulassen, dass ein Monopol entstehe, so CDU-Fraktionschef Alexander Kotz. Am Jahresende läuft dafür eine Frist aus. Aber es gebe keine vergleichbaren Fälle, Stuttgart betreue juristisches Neuland; insofern hätte Kotz sich gewünscht, man könne diesen Schritt vermeiden. Vor allem wollte sich die CDU nicht jetzt schon festlegen, dass die Stadt nicht nur das Eigentum, sondern auch den Betrieb des Fernwärmenetzes übernehmen soll. Man habe zu we-

nig technische und buchhalterische Daten, um entscheiden zu können, ob die Stadt diesen Schritt wirklich machen sollte. Alexander Kotz setzte zwar eine getrennte Abstimmung durch, doch eine Mehrheit war dafür, gleich Eigentum und Betrieb des Netzes anzustreben.

Anna Deparnay-Grunenberg (Grüne) sprach davon, man müsse „alte Strukturen aufbrechen“. Hans H. Pfeifer von der SPD sieht die Klage auch als politisches Signal: „Vielleicht wächst dadurch bei der EnBW der Erkenntnisdruck, dass man die Angelegenheit anders regelt.“ Hannes Rockenbach (SÖS-Linke-Plus) hält es für zwingend, dass die Stadt den Betrieb des Fernwärmenetzes übernehme, schon aus finanziellen Gründen: „Die EnBW verdient Geld damit, sonst würde sie uns das Netz doch überlassen.“ Er glaubt im Übrigen, dass die Stadt unter Zeitdruck stehe: Wenn die Handelsabkommen TTIP und Tisa in Kraft treten, sei eine Rekommunalisierung von Unternehmen nicht mehr möglich.

Auch das Stuttgarter Wasserforum und die Bürgerinitiative „Frischlufte für Cann-

statt“, die das erfolgreiche Bürgerbegehren für den Rückkauf des Fernwärmenetzes organisiert haben, meldeten sich nochmals zu Wort. Es sei juristisch, politisch und technisch möglich, dass die Landeshauptstadt das Netz übernehme – nur ignoriere die EnBW komplett demokratische Beschlüsse, und selbst das Bundeskartellamt mache „gegen das kommunale Recht auf Selbstbestimmung Stimmung“, so die Bürgerinitiative.

Bürgermeister Michael Föll (CDU) sprach sich auch gegen ein offizielles Konzeptionsverfahren aus; das sei seiner Ansicht nach juristisch nicht notwendig – die Stadt habe das Recht, direkt eine „Inhouse-Vergabe“ zu machen; sie könne also unmittelbar bestimmen, wer Eigentum und Betrieb bekomme. OB Kuhn fasste nochmals in wenigen Worten zusammen, warum die Stadt Stuttgart das Netz unbedingt haben will: „Die Frage, wer das Netz besitzt, wie viel investiert und wo es weiterentwickelt wird, ist für die Energiewende von entscheidender Bedeutung.“ Die Stadt habe dabei ihre eigenen Ziele.

IN DER ENERGIEWENDE HAT DIE FERNWÄRME GROSSE BEDEUTUNG

Kunden Die EnBW versorgt in Stuttgart und Esslingen rund 25 000 Wohnungen, 1300 teils sehr große Firmen und 300 öffentliche Gebäude mit Heizwärme. Über einen Tauscher im Keller wird die Wärme, die in Rohren in Form von heißem Wasser ankommt, in das hausinterne Heizsystem übertragen.

Netz Die Rohre sind 270 Kilometer lang, auf Stuttgarter Gemarkung 210 Kilometer. Dort, wo Rohre liegen, also in der Innenstadt und entlang des Neckars, nutzen 65 Prozent der Menschen die Fernwärme statt Gas- oder Pelletheizung. Die Wärme stammt aus den Kraftwerken in Müns-ter, Gaisburg und Altbach.

Ökologie Fernwärme gilt als ökologisch, weil die Kraftwerke Tausende von Einzelheizungen ersetzen. Auch besitzen die Kraftwerke, weil sie Strom produzieren und einen Großteil der Abwärme nutzen, eine hohe Effizienz. Im Zuge der Energiewende ist der Ausbau der Fernwärmenetze deshalb sehr erwünscht. fal



Foto: Lichtgut/Leif Piechowski

„Vielleicht wächst durch die Klage bei der EnBW der Erkenntnisdruck, es anders zu regeln.“

Hans H. Pfeifer, SPD-Stadtrat